

19. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Franziska Brychcy (**LINKE**)

vom 11. Januar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Januar 2024)

zum Thema:

**Leerstand von Bundesimmobilien in Steglitz-Zehlendorf**

und **Antwort** vom 24. Januar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Januar 2024)

Senatsverwaltung für Finanzen

Frau Abgeordnete Franziska Brychcy (LINKE)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17799  
vom 11. Januar 2024  
über Leerstand von Bundesimmobilien in Steglitz-Zehlendorf

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Immobilien im Besitz des Bundes stehen in Steglitz-Zehlendorf seit mehr als einem Jahr leer? (Bitte jeweils mit Angabe zur genauen Dauer des Leerstands.)
2. Welcher Art sind diese Leerstandsimmobilien (Bürogebäude, Wohnungen, Lagerhallen etc.)? (Bitte um jeweilige Zuordnung der unter 1. genannten Immobilien.)
3. Welche Gebäude im sogenannten Dahlemer Dreieck (Boetticherstraße, Thielallee, Unter den Eichen) stehen seit mindestens zwei Jahren leer? (Bitte jeweils mit Angabe zur genauen Dauer des Leerstands.)
4. Welche Pläne der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) für dieses Grundstück und diese Gebäude sind dem Berliner Senat bekannt?

Zu 1. – 4.: Dem Senat liegen keine eigenen Erkenntnisse über den Leerstand von Bundesimmobilien oder die diesbezüglichen Pläne der BImA vor. Im Rahmen der Schriftlichen Anfrage Nr. 19 / 15 281 vom 17. April 2023 über „Leerstand der BImA in Berlin“ wurde aber auf die Antwort der BImA auf eine veröffentlichte IFG-Anfrage verwiesen.

5. Gab es in den letzten fünf Jahren Erwerbsverhandlungen des Landes Berlin mit der BImA für dieses Grundstück / diese Gebäude oder andere Leerstandsimmobilien des Bundes in Steglitz-Zehlendorf und wie lauten ggf. die Verhandlungsergebnisse?

Zu 5.: Es wurden keine Kaufverhandlungen zwischen der BImA und dem Land Berlin zu Grundstücken des in Frage 3 benannten Areals geführt. In den vergangenen fünf Jahren hat das Land Berlin mit der BImA Gespräche über den Erwerb von acht Grundstücken im Bezirk Steglitz-Zehlendorf geführt, von welchen fünf Grundstücke angekauft werden konnten. Zu den

weiteren drei Flächen wurden die Gespräche aufgrund der Anmeldung von Bundesbedarf durch die BImA nicht weiter fortgeführt. Da es sich um vertrauliche Vermögensgeschäfte handelt, können weitergehende Auskünfte nicht im Rahmen der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage erteilt werden. Die parlamentarischen Informations- und Beteiligungsrechte bezüglich Vermögensgeschäften werden im Rahmen des Unterausschusses Vermögensverwaltung des Hauptausschusses gewahrt.

6. Wie viele der ehemals bis zu 1000 Mitarbeiter\*innen arbeiten aktuell auf dem Gelände des Bundesnachrichtendienstes im Gardeschützenweg? Wie viele Mitarbeiter\*innen arbeiten dort insgesamt aktuell?

7. Wie viele der insgesamt 36.200 Quadratmeter Grundfläche stehen in den 16 Gebäuden seit länger als einem Jahr leer?

8. Hält der Bundesnachrichtendienst an dem bereits vor fünf Jahren gegenüber der Presse geäußerten Plan fest, am Standort ein Lage- und Informationszentrum zu etablieren? Wenn nein, was ist stattdessen geplant? Wenn ja, wie sieht der genaue Zeitplan dafür aus und welche Gebäude und Grundflächen sind von diesem Plan explizit betroffen?

9. Sind - wie gegenüber der Presse angekündigt - bereits „100 Agenten aus Pullach“ an den Standort gewechselt? Wenn nein, wann soll dies ggf. erfolgen?

Zu 6. – 9.: Dem Senat liegen keine konkreten Informationen über die Aktivitäten und Planungen des Bundes hinsichtlich dieses Standortes vor.

10. Hat der Bezirk Steglitz-Zehlendorf an diesem Grundstück bereits Interesse angemeldet, um es z. B. einer sozialen und kulturellen Nutzung zuzuführen?

Zu 10.: Nein.

11. Könnte sich die ehemalige Gardeschützenkaserne aufgrund ihrer baulichen Beschaffenheit aus Sicht des Berliner Senates zumindest teilweise als Unterkunft für geflüchtete Menschen eignen?

Zu 11.: Die Gardeschützenkaserne wurde bisher nicht von der BImA angeboten, so dass bisher keine Prüfung erfolgt ist, ob sie für diesen Zweck geeignet ist.

12. Erwägt der Berliner Senat zwecks einer (teilweisen) Nutzung des Geländes für die Unterbringung geflüchteter Menschen Verhandlungen mit der BImA aufzunehmen?

Zu 12.: Aktuell sind keine Bestrebungen zur Aufnahme von Verhandlungen bekannt.

Berlin, den 24. Januar 2024

In Vertretung

Wolfgang Schyrocki  
Senatsverwaltung für Finanzen